

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 167 (2001)
Heft: 5

Artikel: Die strategischen Folgen der EU-Osterweiterung
Autor: Gasteyger, Curt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-67299>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die strategischen Folgen der EU-Osterweiterung

Zwei Gipfelkonferenzen der Europäischen Union haben Wegmarken gesetzt für das künftige Gesicht und Gewicht Europas von morgen: jene von Helsinki kurz vor Ende des 20. Jahrhunderts (Dezember 1999) und jene in Nizza an der Schwelle des 21. Jahrhunderts (Dezember 2000). In Helsinki wurde der Kreis der zur Erweiterung einzuladenden Länder von ursprünglich sieben auf dreizehn erhöht – die Türkei miteingeschlossen; in Nizza wurde sodann der institutionelle Rahmen verabschiedet, innerhalb dessen die Neuankömmlinge in der Union künftig ihre Stimme und ihr Gewicht einbringen können.

Curt Gasteyer

Man mag über Aus- und Schrittmass dieses ehrgeizigen Vorhabens der Union geteilter Meinung sein. Fest steht in jedem Fall, dass nach seiner Vollendung weder die EU noch Europa als Ganzes das sein werden, was wir noch vor einem halben Jahrhundert als Ansammlung von mehreren Dutzend rivalisierender oder sich gar bekämpfender Nationalstaaten gekannt haben. Das gilt nicht nur für die dann 27 oder noch mehr Mitglieder zählende EU. Es gilt vielmehr für alle jene Länder, die «draussen vor der Tür» bleiben – von Russland bis zu Albanien, und nicht zu vergessen möglicherweise auch die Schweiz.

Das neue politisch-strategische Umfeld der EU

Das gewohnte politisch-strategische Umfeld erfährt durch diese weit ausgreifende EU-Erweiterung eine grundlegende Veränderung. Es wäre zu früh, von einem Abschied vom Nationalstaat und damit auch von national konstituierten Streitkräften zu sprechen. Umgekehrt wird niemand bestreiten, dass Rolle und Mission von beiden – Staaten und Militärs – anders definiert und die sie prägenden Strukturen und Doktrinen dem so veränderten Umfeld angepasst werden müssen. Was nach dem Kalten Krieg mit seiner Zweiteilung des Kontinents in Ost und West und einer durch Mauer und Stacheldraht überdeutlich markierten Front fast über Nacht zu einem konturlosen Umfeld wurde, ge-

winnt durch die nun konkret bevorstehende Osterweiterung in Inhalt und Wirkung ganz neue Konturen. Man erinnere sich, wie tief greifend die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft in den Fünfzigerjahren mit ihrer Aussöhnung der beiden Erbfeinde Frankreich und Deutschland das Gesicht Westeuropas verändert hat. Jetzt steht Europa vor einem nicht minder gewichtigen Quantensprung, nämlich der Einbindung jenes Vor- und Zwischenfeldes zwischen Baltikum und Balkan, das schicksalhaft fast immer Objekt und Aufmarschgebiet grosser Mächte gewesen ist.

Die neue Grenze der EU

Wenn somit Annäherung und Angleichung politischer, wirtschaftlicher und in vielem auch militärischer Strukturen und Doktrinen unter den EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren erwartet werden kann (bei den drei neuen mitteleuropäischen Mitgliedstaaten der NATO noch zusätzlich verstärkt), dann richtet sich das Augenmerk auf die jenseits dieser Erweiterung liegenden Regionen und Länder. Drei verdienen in dem jetzt «entgrenzten Europa» besondere Aufmerksamkeit. Unterschiedlich in Natur, Lage und Grösse sind sie unmittelbar relevant für Europas künftige Sicherheit.

Die GUS-Staaten

Die erste Region umfasst das Konglomerat der GUS-Staaten, also der sowjetischen Erbmasse mit Ausnahme der drei baltischen Staaten. Innerhalb dieser «Gemeinschaft unabhängiger Länder» spannt sich der sicherheitspolitische Sorgenhorizont vom undurchsichtig diktatoralen Weissrussland über die in tiefster Korruption und Wirtschaftskrise versinkende Ukraine und das neuerdings wieder kommunistisch regierte und völlig verarmte Moldawien bis hin zum krisenanfälligen Transkaukasus und dem zunehmend autoritär regierten Zentralasien. Im Zentrum dieser ungesicherten Gemeinschaft steht Russland. Zwar bildet es auf absehbare Zeit, ja hoffentlich für immer, kein militärisches Risiko im traditionellen Sinn. Trotz-

dem ist es dank seiner ungewissen innenpolitischen Verfassung, zentrifugaler Tendenzen in den Regionen, dem Krieg in Tschetschenien und dem Besorgnis erregenden Zustand seiner nuklearen Anlagen ein im weiteren sicherheitspolitischen Sinn zentraler Unsicherheitsfaktor. Noch fehlen aber – jenseits der vorwiegend formalen Bindungen zur NATO (durch «Grundvertrag» und Mitgliedschaft im Euro-Atlantischen Rat) jene Bindungen und Strukturen, die Russland den von ihm beanspruchten Platz gewähren und es zu einem für Europa konstruktiven Partner machen könnten.

Eine umfassende Politik für den Balkan?

Die zweite «Grenzregion» bildet der Balkan. Er bleibt, trotz Dayton und NATO-Intervention in Kosovo, ein vielschichtiger Sprengsatz, ungelöst und unerlöst in seinen geschichtsgetränkten ethnisch-religiösen Ansprüchen und Mentalitäten. Die jüngsten Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina – der Versuch kroatischer Nationalisten, sich aus der Föderation zu lösen – und die Angriffe kosovarischer Freischärler entlang und jenseits der serbisch-mazedonischen Grenzen – zeigen einmal mehr, wie brüchig und provisorisch vieles in dieser Region bleibt. Mit einer zeitlich offenbar unbegrenzten Militärpräsenz der NATO-geleiteten KFOR ist sie nicht dauerhaft zu befrieden. Zugleich lehrt uns der Balkan, dass ganz anders und neu über Krieg und Kriegführung in Europa, über Krisenprävention und Intervention nachgedacht werden muss, als dies noch «vor Kosovo» der Fall war. Dies gilt übrigens auch für die Schweiz: der Einsatz militärischer Einheiten in solchen Krisenregionen – an sich durchaus unterstützenswert – kann und darf nur Teil einer umfassenden Politik der Friedenssicherung und Konfliktverhütung sein, soll er an der Heimatfront mehr als nur kurzatmige Unterstützung finden.

Die Einbeziehung der Türkei: Konsequenzen!

Schliesslich – drittens – die politisch vielleicht sensibelste Folge der EU-Erweiterung: die Einbeziehung der Türkei. Man kann in guten Treuen geteilter Meinung sein über die Wunsch- und tatsächliche Machbarkeit einer türkischen EU-Mitgliedschaft. Sie würde der EU eine ganz neue sicherheitspolitische Dimension auferlegen, die weder die EU selber noch deren Mitglieder in absehbarer Zeit zu bewältigen in der Lage sein werden. Denn mit dem Beitritt der Türkei erweitert sich

+ SCHWEIZER SOLDAT

Aus dem Inhaltsverzeichnis der Mai-Nummer

- Zielerkennung: Freund/Feind – das System Simlas geht in die 2. Runde
- Interview mit dem Chef Heer
- Die humanitäre Hilfe des Bundes

Gelesen in der Frankfurter Rundschau, 13. März 2001, von Rolf Paasch: *Armutszeugnis für die NATO*

Statt im Visier albanischer Terroristen müsste die NATO in der Schusslinie westlicher Kritik stehen. Denn fast genau zwei Jahre nach dem Beginn des Kosovo-Kriegs ist eines deutlich: Die KFOR-Truppen haben ihre Aufgabe dort nicht erfüllt. Die 19 NATO-Nationen haben über drei Millionen Männer (und Frauen) unter Waffen stehen, aber die Verbände der KFOR schaffen es nicht, entlang der serbischen und mazedonischen Grenzen zum Kosovo mehreren hundert albanischen Terroristen ihr zündelndes Handwerk zu legen. Damit stellt sich das «erfolgreichste Militärbündnis der Welt» in Sachen Friedensmissionen ein Armutszeugnis aus: Strategisches Denken, sicherheitsdienstliche Aufklärung und militärischer Einsatz «mangelhaft».

In der Folge haben auch die politischen Anstrengungen der Unmik-Mission zum «nation building» im Protektorat Kosovo keine Chance. Die humanitäre Intervention des Westens droht an der Angst der NATO vor albanischen Freischärlern, an der Unsicherheit der UN im Umgang mit der Statusfrage und an der Naivität US-europäischer Balkanpolitik zu scheitern.

Dieses Desaster konnte man kommen sehen. Schon ihre übertrieben emotionale Begründung der Intervention führte westliche Politiker und Kommandanten auf die falsche Bahn. Dabei gab es durchaus eine sachliche Begründung für ihr Vorgehen, dessen Neutralität allerdings gleich beim Einmarsch am 12. Juni 1999 hätte demonstriert werden müssen. Stattdessen machte man die Opfer des serbischen Regimes kritiklos und en gros zu den eigenen Verbündeten, als würden die Mechanismen der balkanischen Geschichte vor den neuen Herren Halt machen, als wären die albanischen Nationalisten besser als die serbischen. So

naiv konnte nur eine Allianz sein, die viel zu spät reagiert hatte und danach glaubte, die Tat allein werde zum Erfolg führen.

Dann folgte eine Entwaffnung der UCK-Kämpfer, die niemand wirklich ernst nahm. Nicht die Exrebell, aber leider auch nicht ihre neuen Kontrolleure. Als gäbe es keine Literatur über das destruktive Verhalten von Guerilleros nach ihrem Kampf. In Sierra Leone legen die UN für solche jungen Männer kostspielige Demobilisierungsprogramme auf. In Kosovo glaubte man an die wunderbare Verwandlung von Schwerträgern zu Pflugscharbetreibern.

Ist wirklich irgendjemand darüber verwundert, dass da ein paar Hundertschaften kriegs- und totalitarismusgeschädigter Wirrköpfe für den grossalbanischen Mythos weiterkämpfen würden? Schliesslich haben sie es doch hinter den rhetorischen Dementis von Thaci & Co. schon im vergangenen Sommer lautstark angekündigt. Dies wissend, überliess man ihnen selbst nach dem Sturz von Slobodan Milosevic noch die Pufferzone zu Serbien und Mazedonien als Übungsgelände und Operationsbasis.

Rund 30 Milliarden Dollar geben die USA jährlich für die verschiedensten Sicherheitsdienste aus. Doch die GIs in Camp Bondsteel im Südosten Kosovos tappten über das Amselfeld wie ängstliche und unaufgeklärte Roboter. Nichts sehen, nichts hören und im Nebel Kosovos schon gar keine gefährliche Operation wagen. Letzteres wäre zu viel für die Heimatfront und die neue US-Aussenpolitik unter dem vom Vietnamkrieg gezeichneten Theoretiker des hundertfachen «overkills»: in Irak und anderswo.

Dabei ist die Herstellung von Stabilität nach dem Sturz Milosevićs immer noch eine schwierige, aber keine unlösbare Aufgabe. In Belgrad und Skopje sind Regierungen an der Macht, deren Führer mittlerweile

vernünftiger klingen, als die Strategen im NATO-Hauptquartier zu handeln bereit sind. Ja, die Situation hat sich so in ihr Gegenteil verkehrt, dass es einen serbischen Premierminister Djindjić braucht, um vor den kontraproduktiven Auswirkungen der Brüsseler Pläne auf die Lage im Presevo-Tal und die mazedonische Innenpolitik zu warnen. Denn besser als mit dem von der NATO vorgeschlagenen Einlass jugoslawischer Truppen in die Pufferzone könnte man die Sache der albanischen Terroristen gar nicht fördern. Derzeit steht weder in Südserbien noch in Mazedonien ein signifikanter Teil der albanischen Minderheit hinter den Forderungen der Terroristen nach dem Anschluss der Grenzgebiete an Kosovo oder gar nach einem Grossalbanien. Noch lässt sich mit den moderaten Bürgermeistern im Presevo-Tal und den Mitgliedern der mazedonisch-albanischen Koalitionsregierung an politischen Lösungen arbeiten.

Mindestens ebenso dringend sind deutliche Warnungen an die moderaten Politiker und die Intelligenzija Kosovos, sich deutlicher als bisher von den selbst ernannten Freiheitskämpfern zu distanzieren. Ohne Zivilcourage aus Kosovo selbst, das Aufbegehren gegen die UCK unter neuem Namen, darf es weder Wahlen noch eine Diskussion über den Status der ehemals serbischen Provinz geben.

Doch alle Appelle, Waffenstillstände und Wirtschaftshilfen werden nichts nützen, wenn die Nato nicht ihr Mandat erfüllt und an den Grenzen Kosovos ganz allein für militärische Sicherheit sorgt. Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber für die Politik. Dies gilt auch für die NATO im Südosten Europas.

der sicherheitspolitisch relevante Perimeter Europas in den Mittleren Osten hinein. Die EU würde dann als unmittelbare Nachbarn Länder wie den Iran, Irak und Syrien haben, vom ungelösten Kurdenproblem ganz abgesehen. Damit rückte die EU zu einem zumindest in politischer und geographischer Ausdehnung gewichtigen Faktor in einer Region auf, in der Gewicht und Einsatz militärischer Macht in noch klassischen Kategorien gesehen und genutzt werden. Eine solche Einstellung läuft

allerdings dem Denken der kontinental-europäischen Gesellschaft zuwider, die weder Krieg führen noch den Streitkräften mehr als nur eine marginale Rolle zugestehen will. Ein «clash of civilizations» schiene mit einer solchen mittelöstlichen Front fast ebenso unvermeidlich wie eine sicherheitspolitische Überanstrengung («overstretch») der EU selber.

Die strategischen Folgen der Osterweiterung

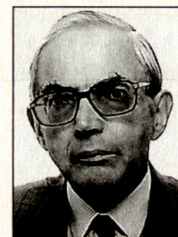
Man sieht: die Osterweiterung ist in ihren auch sicherheitspolitischen oder strategischen Folgen vielschichtig. Sie ist es jedoch nicht nur wegen der hier überschlagsmässig geschilderten direkten Begegnung mit den drei ungesicherten Randzonen. Sie ist es mindestens so sehr da, wo es um Fähigkeit oder Unfähigkeit der EU selber geht, ihr ebenfalls in Helsinki verkündetes Vorhaben der Schaffung einer eigenen Eingreiftruppe für Krisenbewältigung bis zum Jahre 2003 zu verwirklichen. Das allein schon ist ein überaus

ehrgeiziges Vorhaben. Es wird zusätzlich kompliziert durch die Frage, ob und wie eine solche Eingreiftruppe ganz oder teilweise im Rahmen der NATO einzusetzen ist und – heikler noch – ob und wann der amerikanische Hauptverbündete und Schutzpatron dazu konsultiert werden soll oder muss. So zeigt sich, dass die eigentliche strategische Herausforderung der EU-Osterweiterung mindestens so sehr im euro-atlantischen Bereich als an den östlich-südöstlichen Flanken Europas zu orten ist. Die nächsten zwei Jahre werden deshalb sicherheitspolitisch überaus interessant werden. ■

Gelesen

im Manuskript von Bundesrat J. Deiss zu seiner Rede vom 30. März 2001 vor dem Schweiz. Katastrophenhilfekorps:

«In den nächsten zehn Jahren soll die aktive Förderung des Friedens vermehrt zu einem Schwerpunkt unserer Aussen- und Sicherheitspolitik werden. Es braucht dazu zivile und militärische Mittel.» G.



Curt Gasteyger,
Dr. iur.,
Professor em.
IUHEI,
1202 Genève.